

Soziale Arbeit in der Krise: Menschenrechte gefährdet durch neue Politik!

Erfahren Sie, wie die ogsa und der obds gegen bedrohliche politische Entwicklungen in Österreich für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit eintreten.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich -

Die Österreichische Gesellschaft für Soziale Arbeit (ogsa) und der obds, der Berufsverband für Sozialarbeiter*innen, äußern sich besorgt über die aktuellen Regierungsverhandlungen zwischen der FPÖ und der ÖVP. In einer gemeinsamen Erklärung betonen sie, dass die Prügelsteine der Verhandlungen, teils autoritäre Ansätze zur Kontrolle sozialer Fragen, das Grundprinzip der universellen Menschenrechte fundamental in Frage stellen. Dies gefährdet nicht nur die Rechte von besonders vulnerablen Gruppen, sondern widerspricht auch den Werten der österreichischen Verfassung, wie **ots.at** berichtet.

Auf der internationalen Bühne wird zudem die Aushöhlung der Menschenrechte immer deutlicher. Laut einer Konferenz über Soziale Arbeit und Menschenrechte, die die massive Missachtung universeller Rechte thematisierte, leiden zahlreiche Gesellschaften unter den Folgen von Konflikten und der Ungleichheit zwischen Arm und Reich. Hierbei stehen soziale Berufe besonders in der Pflicht, diese Rechte zu schützen und aktiv für deren Umsetzung einzutreten. Die Veranstaltung hebt hervor, dass die Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe und der Schutz von Menschenrechten zeitgemäße

Herausforderungen für die Soziale Arbeit darstellen. Diese Themen wurden auch auf der Tagung intensiv diskutiert, wo Fachkräfte und Wissenschaftler*innen Lösungen für die täglich emporsteigende Vulnerabilität vieler Menschen erarbeiteten, wie **iu.de** betont.

Die erste Verantwortung

Soziale Arbeit wird zunehmend als Menschenrechtsprofession verstanden, die sich nicht nur auf rechtliche Bestimmungen stützt, sondern auch in der Praxis kritisch erprobt. Besonders im Bereich des Kinderschutzes und der Unterstützung von Migrant*innen ist es entscheidend, diese Rechte in konkrete Maßnahmen zu übersetzen. Die gegenwärtigen politischen Diskussionen und deren potenzielle Folgen erfordern eine verstärkte Aufmerksamkeit bezüglich der Rechte dieser Gruppen, um einer weiteren gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken. Es ist klar, dass die Soziale Arbeit als Bindeglied zwischen Theorie und Praxis agieren muss und für die Gleichheit aller Menschen kämpfen sollte.

Details	
Vorfall	Skandal
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.iu.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at